

1 Manifest für eine neue deutsche Sicherheits- und Außenpolitik

2 September 2022

3
4
5 Von Wiebke Köhler und Claus Krumrei, FDP Hamburg
6

7 A. Wo stehen wir?

8 **In Europa ist Krieg – und wir müssen uns fragen: Was ist Deutschlands Rolle ?** Die
9 Neubesinnung ist überfällig: Seit Ende des Kalten Krieges glaubte Deutschland sich dauerhaft
10 „von Freunden umzingelt“. Dabei blieben politische Gewalt und Bedrohung immer Realität - in
11 Europa, in unserer Nachbarschaft, weltweit. Zwar haben sich Art, Dynamik und Komplexität
12 der Konflikte und Bedrohungen immer wieder verändert – eine Welt voller Freunde hat es aber
13 nie gegeben, auch wenn die deutsche Politik und Gesellschaft dies ehrlich gehofft und mit
14 allen Kräften dafür gearbeitet hat. Spätestens seit der russischen Annexion der Krim 2014
15 konnte jedem, der wollte, klar sein: vor der eigenen Haustür, mitten in Europa, ereignen sich
16 Gewaltakte und Kriege. Aber unser Haus Europa ist nicht nur unsicher: es gibt auch wieder
17 eine militärische Großmacht, die unsere Existenz unmittelbar bedroht. Mit dem Angriff Russ-
18 lands auf die Ukraine ist diese Sorge zur Gewissheit geworden.

19 **Drei Jahrzehnte der Hoffnungen, aber auch Illusionen sind damit beendet – eine neue**
20 **Ernsthaftigkeit hat die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik erfasst.** Wir können es
21 uns nicht noch einmal leisten, allein auf Hoffnungen und guten Willen zu setzen. Wir dürfen
22 Gefahrenzeichen nicht mehr übersehen und uns nicht mehr von liebgewonnenen Überzeu-
23 gungen beherrschen lassen. Wir müssen erkennen: internationale Spannungen und Konflikte
24 bergen Sprengstoff für unsere eigene Ordnung der Freiheit, hier, in unserem eigenen Land.
25 Wir müssen auch erkennen: wir tragen Verantwortung für unsere bedrohten Nachbarn und
26 Freunde, denn wenn sie fallen, fallen irgendwann auch wir. Und schließlich müssen wir erken-
27 nen: unsere Hoffnungen auf dauernden europäischen Frieden und weltweite Stabilität können
28 sich nur erfüllen, wenn wir die internationale Gemeinschaft, die Demokratie und die Menschen-
29 rechte aktiv gegen ihre aggressiven autoritären Feinde verteidigen. Entsprechend Deutsch-
30 lands wirtschaftlicher Stärke kann unsere **Rolle dabei nur die eines führenden Verteidigers**
31 **Europas und der Freiheit und Demokratie sein.**

32 **Die Außen- und Sicherheitspolitik braucht aber nicht nur ein neues Denken – sondern**
33 **auch ein neues Handeln.** Den politischen Willen gibt es endlich - er muss aber auch zu Klar-
34 heit, zu breiter Entschlossenheit, und einem langen Atem in der Umsetzung führen – und von
35 Politik und Gesellschaft voll unterstützt werden. Unsere Bundeswehr und ihre personelle wie
36 materielle Ausrüstung sowie die dafür notwendige Finanzierung, unsere Bündnispolitik und
37 unser globaler Einfluss in der EU und NATO müssen fit werden für die neue Realität. Dem
38 ersten Schritt zum Realismus durch die verkündete Zeitenwende und das beschlossene Son-
39 dervermögen von 100 Mrd. EUR müssen weitere, ja viele weitere folgen - ein bisschen mehr
40 Verteidigung und gute Absichten werden uns nicht helfen.

41 B. Was müssen wir tun?

42 Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss nicht nur mit der neuen militärischen Bedrohung
43 durch Russland in Europa rechnen, sondern alle nationalen, regionalen und weiterreichenden
44 globalen Bezüge ins Auge fassen. Sie muss auf vier großen Aktionsfeldern aktiv sein:

45

46 **1) Weltpolitik geht auch uns an – weltpolitische Stabilität ist eine deutsche Existenz-**
47 **frage.** Aggressive hegemoniale Ambitionen, egal in welchem Weltteil, erreichen irgendwann
48 auch uns – selbst wenn wir nicht militärisch angegriffen sind. Wir erleben soeben, dass der
49 russische Angriff auf die Ukraine massive Folgen für unser Leben hat – nicht anders wäre es
50 infolge eines Konfliktes in Asien. Die Bedrohung von Demokratie und Freiheit durch einen *war*
51 *on terror* kann uns nirgendwo gleichgültig sein, nirgendwo auf der Welt. Gewinnen autoritäre
52 und aggressive Mächte das Übergewicht in der Welt, droht schlimmstenfalls eine Abwärtsspi-
53 rale, in der ganz Europa seine politische und wirtschaftliche Bedeutung verliert und in die Ab-
54 hängigkeit anderer gerät.
55

- 56 • Die stärkste Barriere gegen hegemoniale, aggressive Mächte ist eine stabile weltpolitische
57 Ordnung. EU, NATO und die USA sind zentrale Bausteine einer sicheren Weltordnung.
58 Wir müssen diese Bindungen politisch stärken und gemeinsame weltpolitische Ziele for-
59 mulieren. Wir müssen jenseits der Gipfelroutine unsere Gemeinschaft auf einer neuen
60 Ebene begründen und uns gegenseitig weltweit politisch unterstützen.
- 61 • Darüber hinaus muss die weltweite Gemeinschaft demokratischer Nationen zusammen-
62 geführt werden. Wir müssen auf Gleichgesinnte zugehen und schwankende darin über-
63 zeugen, dass wir für eine gerechte, wohlfördernde globale Ordnung eintreten, die
64 nicht auf Vorherrschaft und Ausbeutung beruht. Wir brauchen weitere Mitstreiter in ande-
65 ren Regionen und Kontinenten. Wir müssen überall für die Einsicht werben, dass jede
66 Bedrohung der Unabhängigkeit und Freiheit auch die internationale Stabilität angreift und
67 damit die Sicherheit, die Freiheit und den Wohlstand aller Staaten. Diese Erkenntnis liegt
68 der Charta der Vereinten Nationen zugrunde.
- 69 • Die Bundesrepublik braucht deshalb den Willen, die Wachsamkeit und die Werkzeuge der
70 Weltpolitik. Nötig ist, sich über die Absichten und Mittel anderer klarzuwerden und ihre
71 Aktivitäten zu verfolgen. Wir müssen dem unsere politische Aufmerksamkeit, unsere poli-
72 tische und wirtschaftliche Kooperationsbereitschaft entgegensetzen und notfalls auch den
73 Schutz und die Verteidigung demokratischer Regierungen unterstützen. Dafür ist der Aus-
74 bau unserer Diplomatie und Wirtschaftszusammenarbeit erforderlich. Dazu zählt auch eine
75 militärische Stärkung und wirtschaftliche Anbindung des asiatisch-pazifischen Raums an
76 die westliche Welt gegen ein Übergewicht Chinas und die enge Anbindung der BRIC Staa-
77 ten (außer China und Russland) in die Staatengemeinschaft.
78

79 **2) Die EU braucht für den Spannungsfall ein effizientes politisches Führungszentrum.**

80 Es hat sich gezeigt: Im Krisenfall ist der Reichtum unserer europäischen Vielfalt ein gefähr-
81 licher Nachteil. Die Vorphase des russischen Überfalls hat enthüllt, dass die europäischen
82 Reaktionen trotz aller Konsultation doch auf nationaler Ebene erfolgten und als diverses und
83 daher zu schwaches Signal beim Aggressor aufgenommen wurden: er hatte nicht mit einer
84 starken, geschlossenen Reaktion Europas gerechnet und auf Uneinigkeit wie bei vielen an-
85 deren EU-Themen gerechnet (Schuldenverteilung, Begegnung der Flüchtlingsströme usw.).
86 Die politische Reaktion auf eine akute Krise in Europa muss künftig auch bei anderen si-
87 cherheitspolitischen Fragen gemeinsam und einstimmig erfolgen. Es darf künftig keine Mög-
88 lichkeit mehr geben, den politischen Willen der Gemeinschaft mithilfe taktischer Schritte
89 auseinanderzuidividieren.
90

- 91 • Dazu bedarf es der Schaffung einer kleinen Führungsgruppe der Staats- und Regierung-
92 chefs, die im Spannungsfall mit qualifizierter Mehrheit der gesamten Gemeinschaft Posi-
93 tionen der EU vertreten kann. Eine solche Gruppe könnte im Spannungsfall von der Mehr-
94 heit der Staaten für eine begrenzte Frist eingesetzt werden. Es ist zu erwarten, dass eine
95 entsprechende Änderung der EU-Verträge breite Zustimmung finden würde, denn die

96 heute sichtbaren weitreichenden negativen Konsequenzen der fehlgeleiteten Abschreckung
97 Russlands beweisen, dass eine solche Einrichtung im Interesse aller läge.

98 • Die EU sollte darüber hinaus die bestehenden Verträge um eine Vereinbarung zur Zu-
99 sammenarbeit im Spannungs- und Kriegsfall ergänzen. Sowohl wirtschaftliche Erforder-
100 nisse wie Verkehrs-, Sicherheits- und logistische Bedürfnisse der Verteidigung sollten zu
101 einer gemeinsamen Verpflichtung zur Verfügungstellung von nationalen Ressourcen und
102 zur Unterordnung nationaler Zwecke führen.

103 • Schließlich muss klargestellt werden, dass gegenwärtig die Verteidigungsfähigkeit Euro-
104 pas auf dem Spiel steht und daher die NATO klaren Vorrang vor der sicherheitspolitischen
105 Dimension der EU haben muss. Es besteht gegenwärtig kein Spielraum für eine weitere
106 Verfolgung des Aufbaus europäischer Einheiten und eigener Führungsstrukturen. Vor-
107 handene Strukturen und die Einheiten der EU Battlegroups sollten zugunsten der Nato
108 Response Force aufgelöst werden.

109

110 **3) Die russische Bedrohung europäischer Freiheit erfordert eine glaubwürdige mili- 111 tärische Abschreckung.**

112 Die NATO muss sich gegenüber dieser Bedrohung durch Russland militärisch neu aufstel-
113 len. Sie hat bereits mit dem strategischen Konzept ein erstes neues, lageangepasstes Kon-
114 zept vorgelegt. Mit der mittelfristig geplanten Aufstockung der NATO-Eingreifkräfte auf
115 300.000 Soldaten (New Force Model) hat die NATO eine Stärkung der Verteidigungsfähig-
116 keit in ihrem neuen strategischen Konzept beschlossen. Bedingt durch die Bedrohung sei-
117 tens Russland ergibt sich für Europa die weitere Forderung nach einer verstärkten US-Prä-
118 senz in Mitteleuropa sowie schnell verfügbarer und einsetzbarer NATO-Landstreitkräfte im
119 östlichen europäischen Raum und der dafür notwendigen Voraussetzungen für Verlegefä-
120 higkeit, Infrastruktur und Nutzung der Schiene jenseits der VJTF der NATO (s. Vorhaltever-
121 trag Schiene, nur gültig bisher für VJTF).

122

123 • Es bestehen aber große Zweifel, ob das Kontingent der schnellen Eingreiftruppe zur
124 nachhaltigen Abschreckung Russlands ausreicht. Das militärische Signal an den Aggres-
125 sor muss entlang der Grenze der NATO-Mitgliedsländer eindeutig sein. Diese Eindeutig-
126 keit muss die Hoffnung des Aggressors ausräumen, dass ein Angriff auf ein begrenztes
127 NATO-Gebiet ohne adäquate Verteidigung bliebe. Es muss überdies deutlich machen,
128 dass die Gefahr einer Niederlage droht und dass ein Teilangriff auch zu einer umfassen-
129 den Antwort führen könnte, weil die Ressourcen dafür bereitstehen. Daher muss die Ein-
130 greiftruppe über die 300.000 Soldaten deutlich weiter ausgebaut werden.

131 • Es kommt gegenwärtig konkret darauf an, das Baltikum vor einem solchen Anschlag
132 zweifelsfrei abzusichern. Unabhängig von der Frage, ob nach NATO-Kalkulation das mi-
133 litärische Kräftedispositiv reichen würde: es kommt auf die Wahrnehmung des Aggres-
134 sors an. Es ist zweifelhaft, dass dort der richtige Eindruck entsteht, wenn die stationierten
135 NATO-Einheiten von derzeit 40.000 Soldaten nur einen Bruchteil des Angreifers ausma-
136 chen und sich ganz auf die schnelle Zuführung von Kräften verlassen müssen.

137 • DEU muss als Anlehnungspartner auch gegenüber den östlichen europäischen Staaten
138 ein neues sicherheitspolitisches Kapitel aufschlagen: es benötigt eine enge sicherheits-
139 politisch-militärische Abstimmung mit den verbündeten europäischen Frontstaaten (balti-
140 sche Staaten, Finnland, Norwegen, Polen, Slowakei, Rumänien, Ungarn, Moldawien).

141 • Innerhalb der europäischen Streitkräfte der NATO muss ein europäischer Brückenkopf
142 etabliert werden, der als gebündeltes militärisches Entscheidungsorgan für Einsätze und
143 militärische Handlungen im Spannungsfall die rasche und volle Einsatzfähigkeit militäri-
144 scher Kräfte koordinieren kann – in Abstimmung mit den Streitkräftezielen der NATO.

145 Auch ist zu klären, wie eine schnelle Abstimmung zwischen dem militärischen Arm der
146 NATO und der politischen Ebene insbesondere im Spannungsfall erreicht werden kann.

- 147 • Das alles gilt umso mehr, als die NATO eine Koalition zahlreicher verschiedener Staaten
148 ist, deren Kooperation vor Ort eine umfangreiche und konkrete Vorbereitung auf nationa-
149 ler Ebene erfordert. Noch sind die Streitkräfte der NATO-Mitglieder de facto im Modus
150 einer vergangenen Sicherheitsepoche. Die grundsätzliche Veränderung der Lage muss
151 nicht nur politisch, sondern auch in der Realität der Streitkräfte ankommen.

152
153 **4) Die Bundeswehr und die sicherheitsrelevanten Strukturen brauchen eine umfas-**
154 **sende Reform, um in diesem Rahmen ihre Aufgabe erfüllen zu können und verteidig-**
155 **ungsfähig zu sein.**
156

- 157 • Die beschlossene Modernisierung kann dazu nur ein erster Schritt sein: Sie umfasst die
158 verbesserte Ausrüstung der Bundeswehr mit 100 Mrd. EUR Sondervermögen und struk-
159 turelle Maßnahmen zum Umbau von einer Einsatzarmee hin zu Streitkräften für Landes-
160 / Bündnisverteidigung¹. DEU unterstützt zudem die erhöhte Einsatzbereitschaft der NATO
161 mit 15.000 Soldaten für die Eingreiftruppe ebenso wie durch die frühere Bereitstellung
162 einer weiteren voll ausgestatteten und personell befähigten Division bis 2025 sowie durch
163 umfangreiche Waffen- und Materialbeschaffungsvorhaben.

- 164 • Auch in dieser neuen Verfassung wird der Bundeswehr eine Erreichung der genannten
165 politischen und militärischen Ziele aber nicht möglich sein. **Deutschland muss bis 2025**
166 **gesamtstaatlich in Grundzügen verteidigungsfähig werden.** Um dieses Ziel zu errei-
167 chen, sind vier Aspekte wesentlich:

- 168 1. Erhöhung der Schlagkraft der Bundeswehr durch moderne Bewaffnung und Ausrüs-
169 tung wie auch via durchgängiger Digitalisierung der Streitkräfte
170 2. Überprüfung der bisherigen und ggf. Anpassung der Personalplanung in Bezug auf
171 die Umsetzbarkeit der Vereinbarungen in Richtung NATO (Kontingent für die Eingreif-
172 truppe von 15.000 Soldaten (in realiter eher 30.000 Soldaten), Division bis 2025, wei-
173 tere Division bis 2027 und 2031) sowie der eingeplanten zusätzlichen Kräfte lt. Sach-
174 standsbericht des BMVg aus dem Juli 2022. Ggf. Anpassung durch:

- 175 - Weitere personalpolitische Maßnahmen, zum Beispiel verpflichtende Grundbeorde-
176 rung der ausgeschiedenen SaZ, Employer Branding Kampagnen zur Gewinnung
177 von insbesondere Mannschaftssoldaten, Öffnung der Bundeswehr für Nicht-Deut-
178 sche, häufigere Verwendung Berufssoldatentum usw.

- 179 - Erhöhung der Anzahl Reservisten auf 7.500 Soldaten. Auch muss die Reserve – im
180 Gleichklang mit der Modernisierung der aktiven Soldaten – besser mit Material und
181 Waffen ausgerüstet werden. Zudem muss die Reserve als hochattraktiver Freiwilli-
182 gendienst neu definiert werden und benötigt auch eine neue Beübungskultur zw-
183 ischen militärischer und ziviler Welt, z.B. für nukleare und chemische Bedrohungen.

- 184 - Aufstockung der Soldaten von heute 183.000 Soldaten² über die bis 2031 geplanten
185 203.000 Soldaten hinaus, um eine Verteidigungsfähigkeit Deutschlands wieder-her-
186 zustellen und den verschiedenen Anforderungen der NATO nachkommen zu kön-
187 nen.

- 188 3. Aufbau einer grundsätzlichen gesamtstaatlichen Resilienz. Um gesamtstaatliche
189 Resilienz zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie zwischen allen notwendi-

¹ s. Sachstandsbericht zur Bestandsaufnahme, BMVg, 8. Juli 2022. Ziele sind organisatorische Veränderungen, betriebliche Anpassungen, der Aufbau erforderlichen Personals sowie schnellere Beschaffungsregularien von notwendigen Rüstungsgütern, um die Kaltstartfähigkeit der deutschen Streitkräfte sicherzustellen

² s. <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/zahlen-daten-fakten/personalzahlen-bundeswehr>

190 gen Ministerien und Hilfsorganisationen zum funktionsfähigen verteidigungspoliti-
191 schen Instrument und zum Maßstab für innen- und außenpolitisches Handeln zu ma-
192 chen, ist eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Gesamtstaatliche Resilienz“ zwi-
193 schen beteiligten Ministerien und Behörden (u.a. AA, BMI, BBK, THW, Feuerwehr,
194 Polizei, BMVg, Bundeskanzleramt und weiteren) auf Unterabteilungsleiterebene ein-
195 zusetzen, die sich fest institutionalisiert und regelmäßig einmal pro Monat trifft und
196 eine ständige Berichtspflicht gegenüber ihren Ministerien hat. Erforderlich ist auch
197 die Prüfung des Aufbaus weiterer, über die fünf bisher geplanten Heimatschutzregi-
198 menter hinaus sowie adäquate Ausrüstung der Heimatschutzregimenter für ihren Auf-
199 trag der Infrastruktursicherung.

200 4. Die Finanzierung von Sicherheit muss durch das 2%-Ziel und die Fortschreibung ei-
201 nes erhöhten Verteidigungsetats mit überjähriger Finanzplanung gesichert werden.